

Rechtspopulismus als (neue) Strategie der politischen Rechten

Von Frank Decker und Marcel Lewandowsky¹

Es scheint auf den ersten Blick so, als spräche man über ein hässliches Geschwisterpaar: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus erscheinen als zweieiige Zwillinge; als zwei Seiten derselben Medaille, die man landläufig– und etwas begriffsstutzig– als Neo-Faschismus oder Neo-Nazismus bezeichnet. Beide scheinen durch den Begriff „Rechts“ ohnehin einem ähnlichen ideologischen Kern zuzuordnen zu sein. Tatsächlich wird in der Forschung darauf hingewiesen, dass der Populismus nicht umsonst vor allem im rechten Spektrum verortet ist.²

Allein der Blick auf die Parteienfamilie des rechten Spektrums erlaubt es jedoch, die Sache differenzierter zu betrachten. Der Betrachter und die Betrachterin haben es nicht nur mit teilweise offen agierenden Neonazis zu tun, jenen braunen Horden, deren optisches Erscheinungsbild beide Begrifflichkeiten zu konkretisieren scheint, sondern auch und gerade Akteur/innen aus dem bürgerlichen Spektrum. Sie alle als Enkel des braunen Terrors zu klassifizieren wäre falsch, ja geradezu gefährlich, weil es das eigentliche Problem bei weitem nicht erfasst. Viele Rechtspopulisten, die in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik reüssierten, waren eben gerade keine Extremisten. Ronald Schill, der als „Richter Gnadenlos“ seine Hamburger Ein-Mann-Partei 2001 zuerst in die Regierung und dann in den Niedergang führte, war nicht zuletzt deshalb erfolgreich, weil er ausländergefeindliche Ressentiments und bürgerliche Sicherheitsbedürfnisse bediente, ohne Nazi zu sein.

Charakteristika von Populisten

Um zu verstehen, mit welchem Phänomen wir es eigentlich zu tun haben, lohnt es sich, den Begriff des „Extremismus“ fürs Erste beiseite zu stellen und sich mit einer anderen Problematik auseinander zu setzen: dem Populismus.

Was als politischer Kampfbegriff daherkommt, ist mehr als das Halten von Stammtischreden oder die schwarz-weiße Vereinfachung politischer Zusammenhänge. Man kann freilich lange darüber

¹ Dieser Text wurde zunächst im Arbeitsheft 108 der Juso-Hochschulgruppen [„Was ist heute rechts? Die politische Rechte zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“](#) (2009; S. 54-65) veröffentlicht. Wir danken den HerausgeberInnen und den Autoren herzlich dafür, den Text auch im Rahmen der OnlineAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu veröffentlichen.

² Vgl. Frank Decker: Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004, S. 29.

streiten, ob dem Populismus überhaupt ein „ideologischer“ Kern innewohnt, der dieses etwas dramatischen Begriffs würdig ist.

Populismus ist sicherlich keine Weltanschauung. Angesichts der Fülle und schweren Fassbarkeit der Erscheinungsformen wäre es zudem sicherlich genauer, von „Populismen“ zu sprechen. Dennoch– schematisch gesprochen: Jeglicher Populismus– sei er nun nach links oder rechts orientiert– konstruiert sein Programm von einem Kernkonzept her: Im Mittelpunkt steht immer das „Volk“, gedacht als ein homogenes Kollektiv, nicht nur als Adressat, sondern– moralisch überhöht– auch als Quell jeglichen politischen Handelns. Maßstab allen Handelns hat der „Volkswille“ zu sein, ein letztlich vages Konstrukt, das als Mischform aus reinen Mehrheitswillen und ideeller Überhöhung daherkommt.

Populismus wohnt somit eine radikaldemokratische Attitüde inne. Er propagiert nicht nur die Skepsis, sondern die Abneigung gegenüber jeglicher Vertretung und unterstellt jenen, die Parlaments- oder Regierungsverantwortung wahrnehmen, per se einen Hang zu übersteigerten Eigeninteressen, Raffgier und Korruption.³ Demgegenüber versucht Populismus, eine Einheit zwischen Volk und Politiker/innen zu konstruieren– in der Konsequenz inszenieren sich Populist/innen als Hüter/innen und Vertreter/innen des „wahren“ Volkswillens.⁴ Die Grundidee der liberalen Demokratie, dass alle Staatsgewalt vom Volke auszugehen habe, überhöht der Populismus durch die Maxime, dass Volk und staatliches Handeln eine Einheit zu bilden hätten. Die eigentlich unverdächtige– und durchaus sinnvolle– Idee der

Volksabstimmung wird der repräsentativen Demokratie nicht als Ergänzung beigefügt, sondern als einziger Ausdruck des „Volkswillens“ entgegen gestellt.⁵

Dabei ist Populismus letztlich ein Kind moderner Gesellschaften. Den Nährboden für diese Agitationsweise bildet das Paradoxon, das allen entwickelten Demokratien innewohnt: Je umfassender die Integration in den demokratischen Prozess, d.h. je mehr Akteure in die Entscheidungsfindung eingebunden werden– also nicht nur gewählte Repräsentanten, sondern etwa auch Interessenverbände

³ Vgl. Karin Priester: Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt a.M./New York 2007, S. 60 f.; Margaret Canovan: Populism, New York 1981.

⁴ Vgl. Decker: Rechtspopulismus, S. 22.

⁵ Vgl. Peter Mair: Populist Democracy vs Party Democracy, in: Yves Mény/Yves Surel (Hrsg.): Democracies and the Populist Challenge, Basingstoke/New York, S. 91 f.

wie etwa Gewerkschaften– desto stärker ist Politik das Ergebnis von Kompromissen, wodurch sich in ihnen nicht der Wille der vermeintlichen Mehrheit manifestiert, sondern die Einbindung eines möglichst breiten Meinungsspektrums zum Tragen kommt.⁶ Populist/innen stellen der konsensualen Demokratie das vage Bild der reinen „Volksherrschaft“ entgegen, die Minderheiten nicht einbindet, sondern sie dem Willen der Mehrheit unterwirft. Populismus wohnt daher immer auch ein anti-pluralistisches Element inne.⁷

Abgrenzungsmuster: Horizontal („Gegen die da oben“) und vertikal („Die da draußen“)

Dort, wo der Volksbegriff ins Spiel kommt, entwickelt er auch immer Abgrenzungsmuster. Die politische Psychologie spricht hierbei von *ingroup*- und *outgroup*-Verhalten. Populismus richtet sich in irgendeiner Form immer gegen die „Anderen“. Ein unerlässliches Kriterium für die Unterscheidung verschiedener Formen des Populismus ist daher die Frage, wer diese „Anderen“ sind– und wie nach Ansicht der Populist/innen mit ihnen umzugehen ist.

Populismus kann in zwei Richtungen Abgrenzungsmuster entwickeln.⁸ Einerseits kann er sich auf einer horizontalen Ebene gegen „die da oben“ wenden; gegen die Eliten von Staat und Wirtschaft, die abgehobenen Politiker, die „Altparteien“, die gierigen Bosse. Populist/innen nehmen für sich in Anspruch, den Willen der „schweigenden Mehrheit“ der „kleinen Leute“ gegen jene zu vertreten, deren Handeln den Interessen des „Mannes/ der Frau von der Straße“ zuwiderläuft. Auch das Wettern gegen „die Wirtschaft“ ist eine Ausformung dieser Dichotomie. Diese politische Ebene ist die Grundform aller Populismen.

Darüber hinaus ist er jedoch in verschiedene Richtungen anschlussfähig: Auf der vertikalen Ebene richten sich Populist/innen gegen „die da draußen“, das heißt zuallererst: „die Ausländer“, aber auch die EU, die Globalisierung überhaupt, gegen Amerika und gegen kulturelle Pluralität. Dort, wo der Bau einer Moschee mit der Warnung vor einer „schleichenden Islamisierung“ (Wortlaut der „Bürgerbewegung pro Köln“) bekämpft wird, schmückt sich die populistische Agitation mit den

6 Margaret Canovan: Taking Politics to the People: Populism as the Ideology of Democracy, in: Mény/Surel: Populist Challenge, S. 26.

7 Zum Verhältnis von Populismus und Demokratie vgl. Frank Decker: Notwendiges Korrektiv oder systemfeindliches Übel? Die Herausforderung der liberalen Demokratie durch den Populismus, in: Rudolf von Thadden/Anna Hofmann (Hrsg.), Populismus in Europa– Krise der Demokratie, Göttingen 2005, S. 45-57.

8 Vgl. Lars Rensmann: Populismus und Ideologie, in: Frank Decker (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006, S. 65.

Girlanden eines homogenen, freilich „gesunden Volksempfindens“, dem die „Anderen“ als auf Dauer nicht zugehörige Fremde gegenüber stehen.

„Linker“ und „rechter“ Populismus

Es wäre also zu einfach, Populismus von vornherein mit dem Präfix „Rechts-“ zu versehen. Dass die Klaviatur der latenten Fremdenfeindlichkeit auch von links gespielt werden kann, bewies Oskar Lafontaine im Zuge des Bundestagswahlkampfes 2005.⁹ Dort brachte er den Begriff der „Fremdarbeiter“ ganz bewusst ins Spiel, um im Wählerspektrum der „Modernisierungsverlierer/innen“ zu fischen, die– wie der Blick auf ostdeutsche Landtagswahlen zeigt– nicht selten bei der einen Wahl ihr Kreuzchen bei der Partei die Linke (bzw. der PDS) und bei der anderen bei NPD oder DVU machen.

Allerdings sollte dies nicht dazu verleiten, rechte und linke populistische Parteien über einen Kamm zu scheren: Ein entscheidendes Kriterium zur Unterscheidung zwischen den beiden Parteientypen liegt in der ideologischen Ausprägung der beiden Dichotomien. Während rechtspopulistische Parteien Fremdenfeindlichkeit und Ressentiments gegenüber den „Anderen“ zum Credo ihre Programmatik machen– diese also den eigentlichen Kern bilden– geben sich linke Parteien in ihren Programmen dezidiert multikulturell und egalitär. Der programmatische Kern des Linkspopulismus liegt vielmehr in einer Abwehrreaktion gegenüber sozialen Belastungen und der Überhöhung und Vereinfachung der Sozial- und Wirtschaftspolitik der sechziger und siebziger Jahre. Auf horizontaler Ebene richtet sich ihre Agitation eher gegen „Globalisierung“, „Imperialismus“ und „Amerikanismus“, was bei einigen Wähler/innen durchaus auch zur Aktivierung fremdenfeindlicher Ressentiments führen kann, aber dies nicht zwingend muss.

Das populistische Kernkonzept– hier das „gute“ Volk“, dort die „Anderen“, die Eliten, die Fremden– ist also keine in sich geschlossene Ideologie, sondern kann sehr unterschiedliche Formen annehmen. Er besteht im Grunde aus einem vagen, moralischen Kernkonzept, das für den Beobachter eine klare analytische Umreißung erschwert, politischen Akteur/innen nahezu jeglicher Couleur jedoch reichlich Anknüpfungspunkte bietet. Ob und in welche Stoßrichtung sich eine Partei am Populismus orientiert, liegt nicht zuletzt an ihrem ursprünglichen Weltbild.

⁹ Vgl. Frank Decker/Florian Hartleb: Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik, in: Decker: Populismus, S. 210.

Verbindung von Populismus und Rechtsextremismus

Das heißt auch: Nahezu voll entwickelte populistische Dichotomien sind vor allem auf der politischen Rechten anzutreffen– es besteht eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkten zwischen populistischem Kernkonzept und jener Familie von Weltanschauungen, die landläufig als „rechtsextrem“ bezeichnet werden.

Gemein ist beiden Phänomenen, dass sie sich nur schwer definieren lassen. Rechtsextremismus ist kein in sich geschlossenes Ideengebäude und kann nicht auf einzelne Elemente herunter gebrochen werden. Vielmehr ist Rechtsextremismus ein Bezugssystem, in dem „die einzelnen Elemente miteinander verbunden werden.“¹⁰ Rechtsextremismus ist vor allem der Entwurf einer sozialen Ordnung, die dem liberalen, egalitären Menschenbild westlicher Gesellschaften entgegensteht. Programmatisch geht alles rechtsextreme Denken vom Credo der Ungleichheit der Menschen aus, pflegt ein rassistisches Menschenbild, unterscheidet zwischen lebenswertem und unwertem Leben und betont das Recht– und die Durchsetzungskraft– des/ der Stärkeren, der im Rahmen einer biologistischen Ordnung über den/ die Schwächeren triumphieren müsse. Die utopische Sozialordnung rechtsextremistischer Ideen ist das Ergebnis eines Überlebenskampfes zwischen biologisch Starken und Schwachen. Inhaltlich ist die Idee der biologischen Ungleichheit das Kernmerkmal des rechtsextremistischen Katalogs.¹¹

Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal des Rechtsextremismus besteht jedoch in einem gewaltorientiertem Politikverständnis: Politik ist nicht das Ergebnis rationalen Handelns und schon gar nicht von Verhandlungen, sondern die Frucht des alltäglichen, auf das politische System übertragenen Kampfes um das Überleben. In dieser Weltanschauung kommen demokratische Prozesse zur Konfliktregelung nur zu Abgrenzungszwecken vor. Stattdessen setzt der Gewaltdiskurs auf militaristische und autoritäre Umgangsformen und Befehlsmechanismen.¹²

Tatsächlich lassen sich auf den ersten Blick deutliche Überlappungen zwischen Rechtspopulismus und –extremismus ausmachen. Die sozialdarwinistische Weltanschauung trägt zumindest insoweit populistische Züge, als sie den „gesunden“, „starken“ Volkskörper von allem fremden, biologisch

10 Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schröder: Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 9.

11 Vgl. Wilhelm Heitmeyer: Rechtsextreme Orientierung bei Jugendlichen– Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Weinheim/München 1995, S. 16.

12 Vgl. ebd.

unterlegenen abgrenzt. Darunter fällt eben auch, nur die Politik als „rein“ zu betrachten, die Ausdruck eben jenes Volksempfindens ist. Politische Repräsentant/innen, die ihre Ergebnisse in langen Sitzungen als Kompromisse aushandeln, widersprechen sowohl dem Bild, dass politischer Output die Frucht eines Kampfes zu sein hat als auch der Überzeugung, dass nur das Volk in seiner Gesamtheit über die Gestaltung des Gemeinwesens zu bestimmen habe. Und: Extremismus wohnt-ideologisch betrachtet- immer ein populistisches Moment inne, aber Populismus muss nicht per se extremistisch ausgerichtet sein. Demgegenüber ist das populistische Konzept sowohl zur Mitte hin als auch in Richtung der Extreme anschlussfähig.¹³

Nicht zuletzt liegt aber die entscheidende Überschneidung zwischen Rechtspopulismus und -extremismus aber in der feindlichen Ablehnung soziokultureller Modernisierung, allerdings in unterschiedlicher Intensität. Populismus für sich genommen trägt keine extremistischen Züge, weil er schlichtweg nicht den Anspruch stellt, das System überwinden zu wollen. Nicht die Demokratie lehnt er ab, sondern das Establishment; nicht die Diktatur will er errichten, sondern dezisionistische und direktdemokratische Elemente stärken.¹⁴ Dennoch eröffnet er auf der horizontalen Ebene einen Korridor, in dem sich fremdenfeindliche Ressentiments entfalten können.

Ohne zu schematisch argumentieren zu wollen: Populismus als inhaltliches Konzept, gar als Ideologie charakterisieren zu wollen, würde dem Phänomen nicht gerecht werden. Populismus ist auch und vor allem eine Form der Agitation. Ihm wohnt eine zutiefst emotionale Komponente inne, die darauf ausgerichtet ist, vorhandene Ängste und Ressentiments aufzugreifen und zu bedienen. Populist/innen nehmen für sich in Anspruch, dem Volk „aufs Maul zu schauen“; sie bedienen sich einer einfachen, „volksnahen“ Sprache, um- und das ist entscheidend- sich vom „abgehobenen“ politischen Establishment abzugrenzen. Je konsequenter um das „Volk“ konstruierten Dichotomien gegen „oben“ und „außen“ entwickelt werden, desto mehr nähert sich das Kernkonzept einer Ideologie als konsistenter Weltanschauung an.

Populistische und rechtsextremistische Parteien

Eine populistische Parteienfamilie im eigentlichen Sinne lässt sich in zeitgenössischen Demokratien nicht ausmachen. Allenfalls die linkspopulistische Bewegung in Südamerika ließe sich diesem Ty-

¹³ Vgl. Florian Hartleb: Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004, S. 111f. Dies schließt jedoch nicht aus, dass rechtsextremistische die formalen Techniken der populistischen Wähleransprache nur zum Teil beherrschen oder anwenden, wie es bei NPD und DVU in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist.

¹⁴ Vgl. Rensmann: Ideologie, S. 69.

pus noch am ehesten zuordnen. In der Geschichte waren die amerikanischen Populisten, die *Farmer's Alliance* und die *People's Party* Anfang des 20. Jahrhunderts die einzigen, die das Misstrauen gegenüber wirtschaftlichen und politischen Eliten zum programmatischen Nukleus erklärten. Der amerikanische Agrarpopulismus war somit die einzige Erscheinung, die als „Populismus in Reinform“ kategorisiert werden kann.¹⁵

In Deutschland bietet sich hinsichtlich des Erfolges rechtspopulistischer Parteien ein zwiespältiges Bild. Grundsätzlich muss zwischen zwei Parteientypen unterschieden werden: Auf der einen Seite stehen Parteien mit dezidiert extremistischem, also rassistischem, chauvinistischem, sozialdarwinistischem Kern. Das sind jene Parteien, die mithin durchaus als „neonazistisch“ typisiert werden können und die mehr oder weniger offen an das Ideengebäude des Nationalsozialismus anschließen. Vor allem die NPD ist hierzu zu zählen. Andererseits ist das rechte Spektrum durch Parteien gekennzeichnet, die sich zwar durchaus fremdenfeindlicher Ressentiments bedienen, zu deren programmatischem Kernbestand aber kein nazistisches Weltbild zählt (Republikaner) oder die als nicht-rechtsextrem betrachtet werden müssen (Schill-Partei). In der Mitte des Spektrums befindet sich die zwar rechtsextrem, aber nicht offen (neo-)nationalsozialistisch auftretende DVU.¹⁶

Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, wo auch rechtsextremistische Parteien mit populistischen Strategien reüssieren– wie etwa der Front National (FN) in Frankreich –, fallen die Wahlergebnisse in Deutschland auf längere Sicht eher bescheiden aus. Das überrascht umso mehr, als es gerade tief greifende strukturelle Veränderungen in einer Gesellschaft sind, die den Erfolg populistischer Agitation nicht nur befördern, sondern sogar bedingen: Dort, wo namenlose transnationale Wandlungsprozesse Tradition und Arbeitsplatz bedrohen, öffnet sich ein breiter Korridor für jene, die die Schuld für die damit einhergehenden sozialen Probleme „denen da oben“ und ihrer verfehlten Politik zuschieben.

Trotzdem konnten Rechtsextremist/innen in Deutschland bisher in weitaus geringerem Maße profitieren als in anderen europäischen Staaten. Die Ausnahme bilden regionale Erfolge in einzelnen Bundesländern, in jüngerer Zeit insbesondere in Ostdeutschland. Insgesamt sind rechte Parteien

¹⁵ Vgl. Margaret Canovan: *Populism*, Cambridge 1981.

¹⁶ Vgl. den Überblick bei Frank Decker/Lazaros Miliopoulos: *Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Bundesrepublik. Eine Bestandsaufnahme*, in: Martin H.W. Möllers/Robert van Ooyen (Hrsg.): *Politischer Extremismus 1. Formen und aktuelle Entwicklungen*, Frankfurt a.M. 2007, S. 182-233.

dort erfolgreich, wo sie sich populistischer Strategien bedienen. Ihre erfolgreichsten Wahlergebnisse fuhr die NPD ein, als sie sich nicht auf das Thema Migration, sondern auf den Protest gegen die Arbeitsmarktreformen der damaligen rot-grünen Bundesregierung konzentrierte. Mehr noch: Offen fremdenfeindliche Agitation kann gerade rechtsextremen Parteien nicht zum Vorteil gereichen, weil die politische Kultur in Deutschland eine Art antifaschistischen Abwehrreflex herausgebildet hat. Rechte Parteien sind immer der Gefahr ausgesetzt, in die Nähe nationalsozialistischen Gedankenguts gestellt zu werden.¹⁷ Damit schließt sich der Kreis: Wo das Stigma der NS-Vergangenheit als Damoklesschwert bereits von vornherein über jeglicher Agitation von Rechtsaußen schwebt, kann sich keine offizielle Stimme etablieren, die den Rechtsextremismus zumindest ein Stück weit enttabuisieren würde:¹⁸ Einen deutschen Le Pen wird es nur schwerlich geben.

Darüber hinaus fehlt rechtsextremen Parteien in Deutschland ein wesentliches Element zu ihrer Etablierung: Auf der rechten Seite ist das Parteiensystem stark zersplittert. Eine der Ursachen hierfür liegt darin, dass es an einer Führer/innenfigur fehlt, die die Strömungen unter einem Dach vereinen könnte. Bisher existierten nur zwei Figuren, die sich zumindest zeitweise als charismatische Führer ihrer Gruppierungen etablieren konnten: Bis 1994 gelang es Franz Schönhuber, seine Republikaner zu mehreren Wahlerfolgen zu führen; die Partei verschwand aber nach internen Streitigkeiten in der Versenkung. Demgegenüber schaffte Ronald Barnabas Schill 2001 mit seiner Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) den triumphalen Einzug in die Hamburger Bürgerschaft, wurde aber, einmal an der Macht, rasch entzaubert.

Die Schill-Partei, deren Name bereits deutlich macht, wie wichtig die charismatische Führerfigur für den kurzfristigen Erfolg populistischer Gruppierungen ist, war der bislang erfolgreichste Versuch, eine rechtspopulistische Partei im bürgerlichen Wählerspektrum salonfähig zu machen.

Schill, Ende der neunziger Jahre aufgrund seiner harschen Urteile als „Richter Gnadenlos“ am Hamburger Amtsgericht bekannt geworden, inszenierte seine Person allerdings weniger um einen fremdenfeindlichen Kern, sondern konzentrierte sich nahezu ausschließlich um innen- und justizpolitische Themen. Schill inszenierte die Wahlkampagne, die sich nahezu ausschließlich um seine Person drehte, auf dem Glaubwürdigkeitsfundament, das sein Ruf als Amtsrichter ihm bot. Insofern

¹⁷ Vgl. Frank Decker: In Hitlers Schatten, in: DIE ZEIT, Nr. 9, 24. Februar 2005, S. 6.

¹⁸ Vgl. Decker/Hartleb: Populismus, S. 201.

war die Figur Schill wie geschaffen für die Rolle des charismatischen Führers: Seine eigene berufliche Vergangenheit war der Brückenschlag, der die Kluft zwischen Person und Programm vollständig negierte.¹⁹ Dieser Inszenierungsmodus konnte aber nur deshalb von elektoralem Erfolg gekrönt sein, weil die hohe Kriminalitätsrate in Hamburg und das damit verbundene subjektive Unsicherheitsgefühl breiter bürgerlicher Schichten für repressive Parolen die optimale Gelegenheitsstruktur bot.

Einmal an die Macht gelangt, sah sich Schill rasch mit dem recht typischen Schicksal eines Populisten konfrontiert: Mit der Einbindung in die Regierungsarbeit verblasste auch das Charisma des Anti-Establishment-Politikers, der sich eben nicht mehr als außerhalb der Institutionen stehend inszenieren konnte, sondern als Innensenator die Hamburger Geschicke maßgeblich mit zu verantworten hatte. Der Streit mit Bürgermeister Ole von Beust, der zu Schills Entlassung führte, tat sein übriges, um den Stern des Populisten sinken zu lassen.

Die kulturelle Abwehrhaltung des Rechtspopulismus entwickelt aber nicht nur für extremistische oder genuin populistische Parteien Anschlussfähigkeit, sondern ist in Form ad hoc verwendbarer Versatzstücke auch für konservative Parteien attraktiv. Ein Musterbeispiel populistischer Wahlkampfführung bot Roland Koch vor den hessischen Landtagswahlen 1999 und 2008. In beiden Kampagnen bediente Koch fremdenfeindliche Ressentiments; 1999 mittels einer Unterschriftenaktion gegen das Zuwanderungsgesetz, 2008 stellte er auf das Thema Jugendkriminalität ab.²⁰ Ähnliche Agitationsformen wählte Jürgen Rüttgers 2000 im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf, als er unter dem Wahlspruch „Kinder statt Inder“ die Debatte um die Einführung einer „Green Card“ als zugkräftiges Thema zu nutzen trachtete.

In allen Fällen wurde versucht, durchaus existierende Ressentiments gegenüber Migrant/innen zu aktivieren und reflexartige Abwehrhaltungen gegenüber „Fremden“ nutzbar zu machen. Allerdings kann sich eine solche Strategie auch, wie die Beispiele Jürgen Rüttgers und Roland Koch (2008) zeigen, auch als kontraproduktiv erweisen, wenn sie von den Medien dekonstruiert und von den Wählern als durchsichtiges Wahlkampfmanöver durchschaut werden. Einen entscheidenden Faktor bildet die Resonanz der Massenmedien, die die Kampagnen der Parteien nicht einfach übernehmen,

19 Vgl. Thorsten Faas/Andreas Wüst: The Schill Factor in the Hamburg State Election 2001, in: German Politics, 11 (2), S. 1-20.

20 Vgl. Frank Decker/Marcel Lewandowsky: Landtagswahlen als bundespolitische Zwischenwahlen. Der „Sonderfall“ Hessen, in: Wolfgang Schroeder (Hrsg.): Hessens Parteiensystem im Wandel. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?, Wiesbaden 2008.

sondern zu Nachrichten weiterentwickeln, also Zuspitzungen unterziehen, dramatisieren und theatralisieren. Die Medien konstruieren aus den Ereignissen, die die Politik vorgibt, eine eigene Realität, in der auch die Kampagne selbst bisweilen dekonstruiert werden kann.²¹ Das kommt insbesondere dann zum Tragen, wenn es sich um besonders brisante Themen handelt. Eine dezidierte Negativberichterstattung bietet sich vor allem an, wenn Themen in einer Art und Weise bedient werden, die den Verdacht fremdenfeindlicher Agitation erweckt. Den Medien kommt hierbei nicht selten eine Korrektivfunktion zu.

Insgesamt lässt sich die Problematik des Rechtspopulismus zwar nicht von jener des Extremismus trennen, aber bei weitem auch nicht auf sie reduzieren. Der Verwendung populistischer Stilmittel und die Aktivierung von Ressentiments ist ein strategisches Konzept, das sich auch Mainstream-Parteien aneignen können. Der Erfolg solcher Agitationsmuster fällt jedoch, insbesondere mit Blick auf die heterogene Wählerklientel von Parteien der Mitte, unterschiedlich aus.

*[Prof. Dr. Frank Decker](#) (*1964) ist Professor am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn. Neben vielen anderen Tätigkeiten ist er unter anderem auch Mitglied im Lehrkörper der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung.*

*[Marcel Lewandowsky M.A.](#) (*1982) hat in Bonn und Birmingham Politische Wissenschaft, Neuere Geschichte und Völkerrecht studiert und promoviert derzeit zum Thema Landtagswahlkämpfe unter Voraussetzung der bundespolitischen Überlagerung.*

21 Thomas Meyer/Rüdiger Ontrup/Christian Schicha: Die Inszenierung des Politischen, Wiesbaden 2000, S. 35 f.